

VERMERK

Betr.: **Plenartagung**
 - **6./7. Juni 2002 in Brüssel**¹

I. Eröffnung der Plenartagung

1. Der Vorsitzende des Konvents, Herr Valéry Giscard d'Estaing, eröffnete die Plenartagung. Unterstützt wurde er von den beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Giuliano Amato und Herrn Jean-Luc Dehaene.
2. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass das Präsidium im Hinblick auf eine bessere Strukturierung der Tagesordnung für jeden Tagesordnungspunkt eine bestimmte Redezeit festgelegt habe, so dass nur eine begrenzte Anzahl von Rednern zu Wort kommen könne. Im Interesse einer echten "Chancengleichheit" für alle Konventsmitglieder, die sich zu Wort gemeldet hätten, sei es daher unbedingt erforderlich, dass die Redner die auf drei Minuten begrenzte Redezeit strikt einhalten.

II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: Die Rolle der Union und ihrer Mitgliedstaaten (Dok. CONV 69/02 und CONV 70/02)

3. Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache mit dem Hinweis darauf, dass – nach den Meinungsumfragen und nach den Beiträgen der Konventsmitglieder zu urteilen – in Bezug

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website www.european-convention.eu.int eingesehen werden.

auf den Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht die Nachfrage nach mehr Europa offenbar weit verbreitet sei. Die derzeitigen Verfahren und Mechanismen seien sehr kompliziert; daher müssten hierzu rasch Überlegungen angestellt werden. In Dokument CONV 69/02 werde eine gemischte Bilanz der bisherigen Fortschritte auf dem Gebiet der Sicherheit und des Rechts gezogen; zudem werde darin eine Reihe von Fragen oder Lösungsansätzen angesprochen, die der Konvent prüfen sollte.

4. Mehr als 50 Konventsmitglieder beteiligten sich an der Aussprache ¹. Der Konvent führte einen fruchtbaren und lebhaften Gedankenaustausch über dieses Thema, das nach Einschätzung aller Redner den Bürgern sehr am Herzen liegt. Viele Konventsmitglieder wiesen zudem darauf hin, dass sich auch der Europäische Rat in Sevilla schwerpunktmäßig mit diesem Thema befassen wird.

i) Allgemeine Problematik

5. Die überwiegende Mehrheit der Konventsmitglieder vertrat die Auffassung, dass es im Bereich der Sicherheit und des Rechts mehr Europa geben müsse, da die Mitgliedstaaten allein nicht in der Lage seien, die grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen. Menschenhandel, illegaler Drogenhandel und organisierte Kriminalität würden sich nämlich über Rechts- und Verwaltungsgrenzen hinwegsetzen.
6. Mehrere Redner meinten, dass die Forderung nach Sicherheit und die Achtung der Grundrechte miteinander in Einklang gebracht werden müssten. In diesem Zusammenhang verwiesen einige auf die Grundrechtecharta, die aus ihrer Sicht in den Vertrag aufgenommen werden sollte. Auch wurde wiederholt vorgeschlagen, dass die Gemeinschaft oder die Union der Europäischen Menschenrechtskonvention beitrete. Einige Redner sprachen sich zudem für einen Beitritt zur Turiner Sozialcharta oder zum Genfer Abkommen über den Flüchtlingsstatus aus.

ii) Prüfung der politischen Maßnahmen

7. Viele Redner meinten, dass genauer definiert werden solle, was unter grenzüberschreitender Kriminalität, die ein gemeinsames europäisches Vorgehen erfordert, zu verstehen sei. In diesem Zusammenhang befürworteten mehrere Konventsmitglieder eine stärkere Harmonisierung der einzelstaatlichen strafrechtlichen Vorschriften, und zwar insbesondere in

¹ Es wird ein Addendum mit der Rednerliste erstellt.

Bezug auf die Definition der Straftaten und die Mindest- und Höchststrafen, während andere dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung besondere Bedeutung beimaßen. Mehrere Redner schlugen vor, beide Konzepte zu kombinieren; in den meisten Fällen sei zwar die gegenseitige Anerkennung der bessere Weg, doch in bestimmten Fällen gehe es nicht ohne Harmonisierung. Viele forderten mit Nachdruck, dass in den Bereichen Asyl und Einwanderung eine stärkere Harmonisierung der Politik angestrebt werden müsse, während andere sich dafür aussprachen, dass die Mitgliedstaaten, insbesondere was die Einwanderung und den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft, weiterhin eine eigenständige Politik verfolgen können. Zahlreiche Konventsmitglieder betonten, dass zwischen der Asylpolitik und der Einwanderungspolitik unterschieden werden müsse. Was die Asylpolitik anbelangt, so müssten die humanitären Verpflichtungen und insbesondere das Genfer Flüchtlingsabkommen eingehalten werden und es müsse zu einer Lastenteilung in Europa kommen. Für die Einwanderungspolitik seien andere Gesichtspunkte ausschlaggebend, wie etwa der Bedarf des Arbeitsmarkts und das Integrationsvermögen der Gesellschaft.

8. Einige schlugen vor, einen Schritt weiter zu gehen als in den geltenden Verträgen vorgesehen und statt der Mindestnormen eine echte gemeinschaftliche Asylregelung anzustreben; hierfür müsse die Liste der geltenden Rechtsgrundlagen in Artikel 63 des EG-Vertrags so geändert werden, dass ein kohärenteres System entstehe, das dem in Tampere gebilligten politischen Programm entspreche und in Bezug auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit über die Bestimmungen des Vertrags von Nizza hinausgehe. Zahlreiche Redner bezeichneten im Übrigen die derzeitige Lage und die Behandlung der Asylbewerber und der illegalen Einwanderer in Europa als Besorgnis erregend.
9. Mehrere Konventsmitglieder hoben die außenpolitische Dimension der Unionsmaßnahmen im Bereich Justiz und Inneres hervor und forderten diesbezüglich eine engere Zusammenarbeit insbesondere mit den angrenzenden Ländern und eine stärkere Berücksichtigung justiz- und innenpolitischer Aspekte bei den Außenbeziehungen der Union, die zudem mit anderen Aspekten der Außenbeziehungen, wie beispielsweise der Handels- oder der Entwicklungspolitik, abgestimmt werden müssten.
10. Zivilrechtliche Fragen wurden insgesamt kaum angesprochen.

iii) Institutionelles Gefüge, Legitimation und Effizienz

11. Zahlreiche Redner sprachen die Säulenkonstruktion an. Die überwiegende Mehrheit äußerte Zweifel am Sinn dieser Konstruktion und plädierte für eine vollständige „Vergemeinschaftung“ (d.h. durchgängige Anwendung der üblichen Gemeinschaftsverfahren) der Bereiche der dritten Säule (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) oder zumindest eine weit reichende Anwendung der gemeinschaftlichen Strukturen und Mechanismen in diesen Bereichen. Sie verwiesen insbesondere auf die Vorteile, welche die Rechtsinstrumente, die Mechanismen der gerichtlichen Prüfung und die Transparenzbestimmungen des Gemeinschaftsrechts böten. Einige Redner vertraten dagegen den Standpunkt, dass sich die gemeinschaftlichen Entscheidungsverfahren nicht bei allen Fragen, die in den Bereich Sicherheit und Recht fallen, unverändert anwenden ließen.
12. Mehrere Konventsmitglieder stellten die Frage, ob die Redner, die für eine „Vergemeinschaftung“ plädierten, dabei immer genau dieselben Aspekte im Auge hätten, und befürworteten ein pragmatisches Vorgehen, bei dem Schritt für Schritt konkret zu prüfen sei, inwieweit die Instrumente und Verfahren verbessert werden müssten. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, dass ein Nebeneinander von – je nach Sachbereich – unterschiedlichen Entscheidungsverfahren innerhalb ein und desselben Rahmens denkbar wäre. Schließlich gaben einige Redner zu bedenken, dass die Regierungen und die nationalen Parlamente bei einer vollständigen oder partiellen Vergemeinschaftung der Bereiche der dritten Säule Zuständigkeiten einbüßen würden, was von extremistischen oder populistischen Parteien ausgenutzt werden könnte.
13. Die Frage nach der demokratischen Legitimation und Kontrolle wurde wiederholt angesprochen. Viele Konventsmitglieder äußerten den Wunsch, dass das Europäische Parlament nicht nur in den bereits vergemeinschafteten Bereichen, sondern auch bei der gesetzgebenden Tätigkeit der Union im Bereich des Strafrechts – zumindest soweit diese die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen betrifft – mitentscheidet. Andere sprachen sich dafür aus, die Rolle der nationalen Parlamente zu stärken, wobei dies allerdings nicht im Widerspruch zum vorgenannten Vorschlag stehe. Einige Redner bemängelten, dass diese in der dritten Säule angesiedelten Einrichtungen der Union, insbesondere Europol (manche erwähnten auch Eurojust), gar nicht oder nur unzureichend überwacht würden, und forderten eine Kontrolle auf europäischer Ebene. Ein Konventsmitglied meinte dagegen, dass die Kontrolle, die derzeit von den nationalen Parlamenten ausgeübt werde, ausreiche.

14. Es wurden mehrere Modelle für eine stärkere Überwachung dieser gemeinsamen Einrichtungen vorgeschlagen: Überwachung durch das Europäische Parlament und insbesondere durch einen EP-Sonderausschuss, Integration in ein Gemeinschaftssystem, indem die Einrichtungen beispielsweise der Kommission unterstellt werden, oder Einsetzung eines neuen Hohen Vertreters der Union als Ansprechpartner der nationalen Parlamente im Bereich der dritten Säule, der für das ordnungsgemäße Funktionieren dieser Einrichtungen zuständig wäre.
15. Einige Redner kritisierten die Aufteilung des Initiativrechts zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten; sie vertraten mehrheitlich die Auffassung, dass dieses Recht künftig allein bei der Kommission liegen sollte. Auch wurde in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, die Initiativen der Mitgliedstaaten vorab einer rechtlichen Überprüfung zu unterziehen.
16. Die Mehrheit der Redner sprach sich für einen Verzicht auf die Einstimmigkeitsregel in den Bereichen Asyl und Einwanderung (erste Säule) und Zusammenarbeit in Strafsachen (dritte Säule) aus.
17. Was die Bereiche der derzeitigen dritten Säule betrifft, so vertraten zahlreiche Redner die Auffassung, dass die Rechtsinstrumente verbessert und in Bezug auf ihre Anwendung vereinfacht werden müssten. Diese Konventsmitglieder stellten vor allem fest, dass auf Übereinkommen angesichts der überaus schwerfälligen Ratifizierungsverfahren verzichtet werden sollte. Mehrere Redner unterstrichen, dass dieselben Instrumente wie beim Gemeinschaftsrecht zur Verfügung stehen müssten, insbesondere Instrumente, die unmittelbare Rechtswirkung entfalten, d.h. die wie Verordnungen im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken unmittelbar anzuwenden sind. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass die im geltenden Unionsvertrag genannten „Rahmenbeschlüsse“ und „Beschlüsse“ kaum voneinander abzugrenzen und nur schwer anzuwenden seien.
18. Viele Konventsmitglieder plädierten für eine Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Gerichtshofs; dieser solle künftig für sämtliche Angelegenheiten, die unter die dritte Säule fallen, zuständig sein. Einige forderten ausdrücklich die Einführung von Rechtsmitteln für Privatpersonen in diesen Bereichen. Mehrere Redner unterstrichen zudem, dass die Kommission die Möglichkeit erhalten müsse, den Gerichtshof mit Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten zu befassen.

19. Einige Redner forderten, die besonderen „Opt in“-Klauseln (Möglichkeit der späteren Beteiligung), die derzeit für einige Mitgliedstaaten gelten, zu überprüfen. Manche schlugen vor, stattdessen die Möglichkeit der konstruktiven Enthaltung vorzusehen.

iv) Instrumente der Zusammenarbeit

20. Die meisten Redner teilten die Auffassung, dass Europol bedauerlicherweise nicht über ausreichende rechtliche und materielle Mittel verfüge, um seine Aufgaben erfüllen zu können; das Polizeiamt müsse rasch wirklich einsatzbereit sein. Zu diesem Zweck müsse es mehr Mittel und operative Befugnisse erhalten; aus Sicht einiger Redner müsse es zum einen das Recht haben, die nationalen Polizeibehörden um die Aufnahme von Ermittlungen zu ersuchen, und zum anderen die Möglichkeit, konkrete Ermittlungen gemeinsam mit den nationalen Behörden durchzuführen. Diese Stärkung von Europol müsse mit einer strengeren parlamentarischen (siehe oben) und gerichtlichen Kontrolle einhergehen. Was die gerichtliche Kontrolle anbelangt, so forderten einige, dass diese ebenso strikt sein müsse wie bei den nationalen Polizeibehörden, und bemängelten in diesem Zusammenhang die Immunität der Europol-Beamten. Ferner sprachen sich einige Redner dafür aus, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) zu stärken und die Synergie zwischen OLAF, Europol und Eurojust zu fördern. Andere Konventsmitglieder meinten wiederum, dass zunächst die Möglichkeiten für eine effiziente Zusammenarbeit zwischen den nationalen Polizeibehörden voll ausgeschöpft werden sollten. Diese könne noch weiter intensiviert werden.
21. Aus Sicht vieler Konventsmitglieder sollte Eurojust weiter ausgebaut werden; mehrere Redner bezeichneten es als mögliche Vorstufe zu einer europäischen Staatsanwaltschaft. Manche vertraten die Auffassung, diese Staatsanwaltschaft müsse bei bestimmten Straftaten (nach Auffassung einiger zunächst bei Betrügereien, die sich gegen die finanziellen Interessen der Gemeinschaft richten) befugt sein, ein europäisches Gericht anzurufen; andere meinten dagegen, sie solle nur die nationalen Gerichte anrufen können.

22. Die Außengrenzen der Union wurden mehrfach angesprochen. Nahezu alle Redner sprachen sich dafür aus, dass die Überwachung verstärkt und gemeinsam ausgeübt wird. Viele vertraten die Auffassung, dies könne durch die Einrichtung eines gemeinsamen Grenzschutzkorps geschehen. Andere befürworteten stattdessen eine engere Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Mitgliedstaaten sowie abgestimmte Ausbildungsmaßnahmen. Es wurden verschiedene Zwischenlösungen zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage vorgeschlagen, beispielsweise der schrittweise Übergang zu einem gemeinsamen System, wobei zunächst eine Unterstützungseinheit für die einzelstaatlichen Behörden eingerichtet würde. Einige Redner verwiesen auf den Grundsatz der finanziellen Solidarität und forderten eine Lastenverteilung zugunsten der Mitgliedstaaten, die – aus unterschiedlichen Gründen und insbesondere aufgrund ihrer geografischen Lage – für einen größeren Teil der Außengrenzen der Gemeinschaft verantwortlich seien.
23. Der Vorsitzende hob abschließend die Qualität der Aussprache hervor. Der Konvent habe ein wichtiges Thema gründlich erörtern können. Die Konventsmitglieder hätten sehr differenzierte Vorschläge vorgetragen. Über den Begriff der grenzüberschreitenden Kriminalität müsse weiter nachgedacht werden. Was die Säulenkonstruktion betreffe, so schlage er ein pragmatisches Vorgehen vor, bei dem ohne Vorbehalte geprüft wird, welche Verfahren sich für welche Maßnahmen am besten eignen.
24. Der Vorsitzende teilte mit, dass das Präsidium demnächst die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vorschlagen werden, die sich mit diesen Fragen befassen und bestimmte Aspekte eingehender prüfen soll.

III. Die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Architektur Europas

25. Der Vorsitzende wies die Konventsmitglieder darauf hin, dass sich im Zusammenhang mit der Rolle der nationalen Parlamente, wie sie in der Erklärung von Laeken festgelegt sei, drei Fragen stellten. Als Anregung für die weitere Aussprache habe das Sekretariat den Konventsmitgliedern zwei Dokumente unterbreitet, nämlich ein rein deskriptives Arbeitspapier (CONV 67/02) mit einem Überblick über die derzeitigen Befugnisse der einzelstaatlichen Parlamente im Rahmen der Verträge sowie einigen Vorschlägen für ihre künftige Rolle. Das zweite Dokument (CONV 68/02) enthalte eine Fragenliste, auf die sich die Konventsmitglieder während der Aussprache beziehen könnten.

26. Da die meisten Redner tatsächlich auf die in diesem Dokument enthaltene Fragenliste Bezug genommen haben, wurde sie auch für diesen Vermerk als Grundlage herangezogen.
- i. Wie können die einzelstaatlichen Parlamente in ihrer entscheidenden Rolle bei der Gewährleistung der demokratischen Legitimität des Handelns der Union unterstützt werden?
27. Die meisten Redner vertraten die Auffassung, dass die einzelstaatlichen Parlamente stärker in die Tätigkeiten der Union eingebunden werden sollten. Dies ließe sich insbesondere dadurch erreichen, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten besser kontrolliert werden. (In diesem Zusammenhang wurden die Kontrollverfahren der skandinavischen Länder hervorgehoben.) Die einzelstaatlichen Parlamente sollten früher am Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden. Einige schlugen vor, dass die Kommission zu diesem Zweck alle Legislativvorschläge, die sie dem Parlament und dem Rat unterbreitet, gleichzeitig auch direkt den einzelstaatlichen Parlamenten übermittelt; zudem sollten die einzelstaatlichen Parlamente an der jährlichen Aussprache über das Arbeitsprogramm der Kommission teilnehmen können.
- ii. Die Regelungen für die Kontrolle der von den Regierungen im Rat vertretenen Standpunkte durch ihre einzelstaatlichen Parlamente unterscheiden sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Wäre es von Nutzen zu beurteilen, welche Regelungen am besten funktionierten, und "bewährte Praktiken" auszutauschen, obwohl dies natürlich gänzlich in die einzelstaatliche Zuständigkeit fällt?
28. Die Konventsmitglieder unterstrichen, dass es selbstverständlich Sache jedes einzelnen Parlaments sei, seine eigenen Regeln für die politische Kontrolle seiner jeweiligen Regierung festzulegen. Gleichwohl wurde allgemein eingeräumt, dass es nützlich wäre, Informationen über die Verfahren, die am besten funktionieren, auszutauschen. Diesbezüglich wurde hervorgehoben, dass diese politische Kontrolle nur dann wirksam sei, wenn sie ex ante, d.h. vor dem jeweiligen Ratsbeschluss, erfolge. Dabei wurde unter Bezugnahme auf die Beiträge der finnischen (CONV 82/02) und der schwedischen (CONV 61/02) Vertreter auf die Praxis verwiesen, ein Verhandlungsmandat zu erstellen. Aus Sicht mancher Konventsmitglieder sollte die parlamentarische Praxis, den Regierungsvertretern ein Verhandlungsmandat zu erteilen, allerdings nicht zu streng befolgt werden; die Regierungen müssten über einen gewissen Ermessensspielraum verfügen, sonst würde die Arbeit im Rat ständig blockiert. Einige Redner meinten, dass die Beratungen des Rates über Legislativvorhaben öffentlich stattfinden sollten,

damit die einzelstaatlichen Parlamente ihre Regierungen wirksam kontrollieren können; andere vertraten die Auffassung, dass auch eine bessere Organisation der Arbeiten des Rates dazu beitragen würde, dieses Ziel zu erreichen. Mehrere Redner schlugen zudem vor, dass den Delegationen der Mitgliedstaaten im Rat auch jeweils ein Vertreter der einzelstaatlichen Parlamente angehören könnte; andere Konventsmitglieder äußerten sich skeptisch zu diesem Vorschlag.

iii. Wäre es sinnvoll, die bestehenden Mechanismen für die Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Parlamenten zu verstärken? Und für die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament?

29. Offenbar würde eine bessere horizontale Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Parlamenten, was die Tätigkeiten der Union betrifft, weitgehend auf Zustimmung stoßen. In diesem Zusammenhang sprachen sich einige Konventsmitglieder für eine Stärkung der COSAC (mehr Tagungen, ständiges Sekretariat und mehr Mehrheitsentscheidungen statt einstimmiger Beschlussfassung) aus. Andere wiederum äußerten Kritik an der Arbeit der COSAC und Skepsis in Bezug auf ihre Rolle. Stattdessen wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen den Sonderausschüssen der einzelstaatlichen Parlamente und den entsprechenden Ausschüssen des Europäischen Parlaments vorgeschlagen. Überdies sprachen sich einige Redner dafür aus, dass die einzelstaatlichen Parlamente die Möglichkeit erhalten sollten, die Kommission, die zu diesem Zweck vor dem Europäischen Parlament erscheinen müsste, zu befragen, und dass sie Büros in Brüssel eröffnen, um die Arbeiten des Europäischen Parlaments besser verfolgen zu können.

iv. Wäre es zweckmäßig, eine kollektive Vertretung der einzelstaatlichen Parlamente in einem neuen Organ vorzusehen? Wenn ja, in welcher Zusammensetzung und mit welchen Zuständigkeiten?

30. Die überwiegende Mehrheit der Konventsmitglieder bezweifelte den Nutzen eines neuen Organs, in dem ausschließlich die einzelstaatlichen Parlamente vertreten wären. Es sei zu befürchten, dass das institutionelle Gefüge der Union durch die Einrichtung eines neuen Organs noch komplizierter und für die Bürger noch undurchschaubarer würde. Einige hoben auch hervor, dass ein solches Organ, ob es sich nun um eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments oder eine unabhängige Kammer handele, das Europäische Parlament politisch schwächen würde, obwohl es doch gerade jetzt in allen Bereichen Mitentscheidungsbefugnisse erhalten sollte. Dieselben Vorbehalte wurden zu dem Vorschlag geäußert, dass die Europaabgeordneten gleichzeitig auch Mitglieder ihrer jeweiligen nationalen Parlamente sein sollten.

31. Einige Konventsmitglieder schlugen indes einen Kongress vor, der aus Vertretern der einzelstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments bestehen und insbesondere den Kommissionspräsidenten wählen würde.
32. Die Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips muss aus Sicht einiger Konventsmitglieder auf politischer Ebene erfolgen, da das Subsidiaritätsprinzip und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten vor allem politische Probleme aufwerfe; die einzelstaatlichen Parlamente müssten an der Kontrolle beteiligt werden. (Einige Redner sprachen sich in diesem Zusammenhang dafür aus, den Vorschlag eines Ad hoc-Ausschusses eingehender zu prüfen.) Andere beriefen sich darauf, dass die Union eine Rechtsgemeinschaft darstelle; daher müsse die Kontrolle von den Gerichten ausgeübt werden, wobei auch die Frage gestellt wurde, ob sie ex ante oder ex post stattfinden solle und ob die einzelstaatlichen Parlamente das Recht erhalten sollten, zu diesem Zweck den Europäischen Gerichtshof anzurufen.
- v. Wäre es angebracht, eine obligatorische Anhörung der einzelstaatlichen Parlamente vorzusehen für den Fall, dass eine Ausweitung der Zuständigkeiten ins Auge gefasst würde? Wenn ja, in welcher Form?
33. Einige Redner sprachen sich dafür aus, die Anhörung der einzelstaatlichen Parlamente insbesondere in den Bereichen vorzusehen, in denen die Mitwirkung des Europäischen Parlaments begrenzt ist (z.B. Außen- und Sicherheitspolitik, Politik in den Bereichen Justiz und Inneres). Die Anhörung der einzelstaatlichen Parlamente sollte aus Sicht mancher Konventsmitglieder zudem im Rahmen einer Klausel im Stile des Artikels 308 EGV möglich sein, der besagt, dass die Union ausnahmsweise tätig werden darf, auch wenn ihr die Befugnisse hierfür nicht ausdrücklich übertragen wurden. Einige schlugen vor, mit jeder Revision der Verträge oder Änderung der Zuständigkeiten der Union eine Einrichtung wie den Konvent zu befragen.
34. Zum Abschluss der Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt stellte der Vorsitzende fest, dass die Beiträge der Konventsmitglieder eher auf eine Verbesserung des bestehenden Systems hinauslaufen. Er fragte sich jedoch, ob die Bürger nicht vielleicht mehr vom Konvent erwarten, und ersuchte die Vorsitzende der Gruppe „Einzelstaatliche Parlamente“, auch innovatorische Ansätze zuzulassen.

IV. Zusammensetzung der Arbeitsgruppen

35. Der Vorsitzende verwies auf das Dokument CONV 77/02 über die vom Präsidium festgelegte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen; bei der Zusammenstellung der Gruppen sei die erste Wahl der Konventsmitglieder meist berücksichtigt worden. Lediglich in einigen Fällen habe wegen der sehr großen Zahl von Anträgen für bestimmte Gruppen auf die zweite Wahl zurückgegriffen werden müssen. Kein Konventsmitglied sei für eine Gruppe eingetragen worden, die er als dritte Wahl angegeben habe.
36. Was die Frage künftiger Arbeitsgruppen betreffe, die auf der letzten Plenartagung und seither auch in schriftlichen Beiträgen angesprochen worden sei, so habe man sich bei der jüngsten Aussprache über die Bereiche Justiz und Inneres darauf verständigt, dass die inhaltliche Arbeit im Konvent stattfinden solle, um zu vermeiden, dass dieser durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen zersplittert werde. Aufgabe der Arbeitsgruppen sei es, bestimmte Fragen zu vertiefen, die im Anschluss an bzw. für die Aussprachen im Plenum festgelegt würden, und dem Konvent einen Bericht mit möglichen Lösungen zu unterbreiten. Allgemeine politische Fragen würden weiterhin im Plenum erörtert.
37. Im Hinblick auf den Antrag, dass die ersten sechs Arbeitsgruppen ihren Bericht dem Konvent schneller vorlegen sollten als ursprünglich vorgesehen, legte der Vorsitzende den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen nahe, sich darum zu bemühen, dass alle Gruppen ihre Arbeit möglichst noch im September oder Oktober abschließen können.
- Der Vorsitzende stellte des Weiteren fest, dass sich im Verlauf der vorherigen Aussprache über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gezeigt hat, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden sollte, um eine Reihe von Einzelfragen gründlicher zu prüfen; das Präsidium werde das Mandat dieser Gruppe in Kürze festlegen. Als Beispiel für die Fragen, mit der sich die Gruppe befassen soll, nannte der Vorsitzende eine bessere Definition der derzeitigen Aufgaben der Mitgliedstaaten und der Union sowie der Verfahren, nach denen die Union in diesen Bereichen tätig wird, einschließlich der Frage, ob diese vergemeinschaftet werden können.

38. Der Vorsitzende fügte hinzu, dass bei der nächsten Aussprache im Plenum über die außenpolitischen Maßnahmen der Union sicher einige technische Fragen ermittelt würden, die in einer Arbeitsgruppe behandelt werden sollten, und dass sich wahrscheinlich im Verlauf der künftigen Aussprachen herausstellen werde, ob weitere Arbeitsgruppen eingerichtet werden müssten.
39. Auf Anfrage eines Konventsmitglieds teilten die Vorsitzenden der ersten sechs Arbeitsgruppen die Termine der ersten Sitzungen dieser Gruppen mit.

V. Sonstiges

– Tagung am 24. und 25. Juni über die Zivilgesellschaft

40. Der Vorsitzende erinnerte an das Thema und die besondere Form der nächsten Tagung, die im großen Plenarsaal des Parlamentsgebäudes stattfinden werde, da dort neben den Konventsmitgliedern auch die Vertreter von Einrichtungen der Zivilgesellschaft Platz fänden, mit denen, insbesondere mittels des Systems der blauen Karten, diskutiert werden solle. Vorgeesehen sei auch, dass jeweils ein Konventmitglied pro Land über den Dialog mit der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene berichtet. Der Vorsitzende verwies zudem auf das Dokument CONV 79/02 zu den Treffen der acht Kontaktgruppen mit den Einrichtungen der Zivilgesellschaft und lud die Konventsmitglieder ein, zahlreich an diesen acht Sitzungen teilzunehmen.

– Jugendkonvent

41. Der Vorsitzende wies auf die Vorbereitung des Jugendkonvents hin, der vom 9. bis 12. Juli in Brüssel stattfinden soll, und dankte den Konventsmitgliedern, die sich um eine repräsentative Auswahl von motivierten Jugendlichen bemüht hätten. Weitere Informationen über den Ablauf dieser wichtigen Tagung würden auf der nächsten Tagung des Konvents mitgeteilt.
42. Der Vorsitzende schloss die Tagung mit dem Hinweis, dass im Mittelpunkt der nächsten Tagung, die am Montag, den 24. Juni um 14.30 Uhr und am Dienstag, den 25. Juni um 9.30 Uhr stattfinden werde, der Dialog mit der Zivilgesellschaft stehe; auf dieser Tagung werde er den Konvent auch über die Tagung des Europäischen Rates in Sevilla informieren, auf der er gemäß der Erklärung von Laeken mündlich über den Stand der Beratungen des Konvents berichten werde.